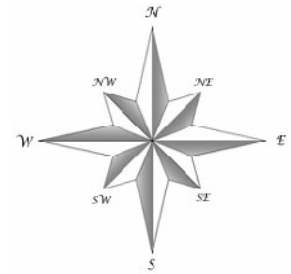




# Berliner Kompass

Ausgabe 4/2010

18. Juni 2010



Infoblatt des Bundestagsabgeordneten  
Hans-Werner Kammer

Wahlkreis Friesland – Wilhelmshaven – Wittmund

## Kammer stellt Bahn-Konzept der Bundesregierung vor

**In seiner ersten Rede nach dem Wiedereinzug in den Bundestag hob Hans-Werner Kammer hervor, dass es Ziel der Bundesregierung sei, eine moderne, kundenorientierte Bahn mit einem zeitgemäßen Angebot zu schaffen. Die Bundesregierung wird deshalb die 1994 erfolgreich begonnene Bahnreform weiterführen.**

Die Infrastruktursparten, also Netz, Bahnhöfe und Energie, würden allerdings nicht privatisiert. So wird der Wettbewerb auf der Schiene verbessert: Züge verschiedener Gesellschaften können auf dem staatlichen Netz fahren und sich hinsichtlich der Kosten und des Komforts einen fruchtbaren Wettbewerb liefern. Einen Wettbewerb zu Gunsten der Kunden!

Ganz klar ist aber auch: Der Wettbewerb darf sich nicht nur in Deutschland abspielen. Es muss selbstver-

ständig sein, dass auch deutsche Unternehmen im Ausland tätig werden dürfen!



### Zahl der Woche

#### Teuerungsrate weitgehend stabil

Im Mai ist der Verbraucherpreisindex für Deutschland gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Prozent gestiegen. Im März 2010 hatte die Inflationsrate gemessen am Verbraucherpreisindex bei +1,1 Prozent und im April 2010 bei +1,0 Prozent gelegen. Der für die Geldpolitik wichtige Schwellenwert von 2 Prozent wird damit weiterhin deutlich unterschritten.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

## Neuigkeiten aus Berlin

### Gedenkveranstaltung zum 17. Juni 1953

Am gestrigen Donnerstag hat der Deutsche Bundestag im Rahmen einer Gedenkstunde zum Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR an den Unrechtscharakter der SED-Diktatur, den Mut und die Freiheitssehnsucht der ostdeutschen Bevölkerung erinnert. Der 17. Juni 1953 dokumentiert in besonderer Weise den Unrechtscharakter der SED-Diktatur, den die Linkspartei bis heute nicht anerkennt.

Stattdessen wird die DDR von der Nachfolge-Partei der SED immer noch zu einem Sozialstaat erklärt, der – so heißt es im Entwurf ihres neuen Grundsatzprogramms – nicht nur „die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Frauen“, sondern auch „die weitgehende Überwindung von Armut, ein umfassendes soziales Sicherungssystem, ein hohes Maß an sozialer Chancengleichheit im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie in der Kultur“ sichergestellt haben soll. Angesichts des 17. Juni 1953 und der unzäh-

ligen Opfer der SED-Gewaltherrschaft ist diese Darstellung blanker Zynismus. Der Jahrestag des Volksaufstandes sollte allen Parteien in Erinnerung rufen, dass eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei nach wie vor keine Option sein kann. Anlässlich des Jahrestages hat die Koalition in dieser Woche Verbesserungen an der SED-Opfer-Entschädigung auf den Weg gebracht.



### Dennis Mehrstens aus Wilhelmshaven macht Praktikum im Büro Kammer



„Warum machst du ein Praktikum im Bundestag? Was hast du davon?“ Solche Fragen durfte ich mir von Freunden und Kollegen anhören. Meine Erwartungen an das Praktikum waren aber

definiert: Das Berufsbild des Abgeordneten kennenlernen und den Politzirkus live mit zu erleben: Fraktionssitzungen, Ausschusssitzungen und Plenardebatten.

Jetzt kann ich mit aller Bestimmtheit sagen, dass es eine der spannendsten Erfahrungen meines Lebens war. Die Woche eines Abgeordneten teilt sich wie folgt auf: Den ersten Part der Woche bestimmen Fraktionssitzungen und Ausschusssitzungen. Im zweiten Teil der Woche folgen dann Plenardebatten und Abstimmungen. Auf diesem Weg möchte ich mich auch bei H.-W. Kammer für die tolle Erfahrung bedanken. Zum Glück hat der Bundestag wieder seinen wahren Vertreter der Region zurück.



## Diese Woche im Parlament

Mit dem **Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91e)** wird die verfassungsrechtliche Grundlage für eine Neuorganisation und Weiterentwicklung der Aufgabenwahrnehmung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende geschaffen werden. Das ebenfalls in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten **Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende** dient der Anpassung der Grundsicherung für Arbeitsuchende an die verfassungsrechtlichen Vorgaben. Danach arbeiten die Bundesagentur für Arbeit und die Kommunen im Regelfall in gemeinsamen Einrichtungen, den Jobcentern, zusammen. Daneben werden die bestehenden Optionskommunen dauerhaft abgesichert. Zusätzlich können nach einem geregelten Verfahren und nach festgelegten Kriterien weitere Optionskommunen zugelassen werden. Mindestens drei Viertel aller Grundsicherungsstellen werden Jobcenter, höchstens ein Viertel (maximal 110) werden Optionskommunen sein. Weiteres zentrales Element der Neuorganisation ist die Verbesserung der Verantwortlichkeiten und Aufsichtsbeziehungen zwischen den Gremien auf lokaler Ebene sowie auf Landes- und Bundesebene.

Mit dem **Wehrrechtsänderungsgesetz 2010** wird die Entscheidung im Koalitionsvertrag umgesetzt, die Dauer des Grundwehrdienstes bis spätestens zum Januar 2011 von neun auf sechs Monate zu verkürzen. Dies wirkt sich unmittelbar auf das Wehrpflichtgesetz und mittelbar auf das Zivildienstgesetz aus. Die Regelung gilt erstmals für Wehr- und Zivildienstleistende, die ihren Dienst ab dem 1. Juli 2010 antreten werden. Es werden weitere Folgeänderungen festgelegt, wie z.B. die Abschaffung des abschnittswisen Grundwehrdienstes und damit auch des abschnittswisen Zivildienstes, die Verkürzung des Zivil- oder Katastrophenschutzes, die Einführung eines freiwilligen zusätzlichen Zivildienstes, die Änderung des Wehrsoldgesetzes und der Soldatinnen- und Soldatenurlaubsverordnung.

Ebenfalls verabschiedet wurde das **Gesetz zur Vermeidung kurzfristiger Marktempässe bei flüssiger**, mit dem das Erfordernis der Nachhaltigkeitszertifizierung auf den 1. Januar 2011 verschoben wird, um kurzfristige Marktempässe auf dem Markt für flüssige Biomasse

zu verhindern. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und die zu seiner Ausführung erlassene Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung schreiben vor, dass flüssige Biomasse (z.B. Rapsöl, Palmöl, Sojaöl) ab 1. Juli 2010 grundsätzlich nur noch dann nach dem EEG vergütet werden kann, wenn sie nachhaltig hergestellt worden ist. Die Nachhaltigkeit muss im Rahmen eines Zertifizierungsverfahrens nachgewiesen werden. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass der hierfür vorausgesetzte Aufbau privatwirtschaftlich organisierter Zertifizierungsstrukturen mehr Zeit in Anspruch nimmt, als bei Erlass der Verordnung erwartet.

In zweiter und dritter Lesung wurde das **23. Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes** verabschiedet, mit dem durch spürbare Leistungs- und Strukturverbesserungen das BAföG als individuelle Bildungsfinanzierung weiterentwickelt wird. Die Bedarfssätze der Auszubildenden werden im Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz und im SGB III um zwei Prozent angehoben, die Freibeträge um drei Prozent. Auch wird die Vereinbarkeit von individueller Familien- und Ausbildungsplanung verbessert. Das ebenfalls in zweiter und dritter Lesung anstehende **Gesetz zur Schaffung eines nationalen Stipendienprogramms** ist neben dem BAföG und Bildungssparen eine weitere Säule der Studienfinanzierung, die auf den Abbau von Hürden gerichtet ist, an denen individueller Bildungsaufstieg scheitern kann. Die Stipendien in Höhe von 300 Euro monatlich sollen zur Hälfte von der Wirtschaft finanziert werden. Das Stipendienprogramm zielt darauf ab, begabte Studierende zu unterstützen, die Eigenverantwortung und Profilentwicklung der Hochschulen zu stärken und dadurch auch zur Etablierung einer neuen Stipendienkultur in Deutschland beizutragen.

In erster Lesung berieten wir das **Gesetz für bessere Beschäftigungschancen am Arbeitsmarkt – Beschäftigungschancengesetz**. Um die Auswirkungen von Personalabbau in Zeiten der Wirtschaftskrise und des Strukturwandels abzufedern und den Arbeitgebern Planungssicherheit zu geben, werden die Erleichterungen der gesetzlichen Voraussetzungen für Kurzarbeitergeld verlängert.



## Friesland – Wilhelmshaven – Wittmund

### Nächste Woche ist Wahlkreiswoche

Hier können Sie Herrn Kammer treffen

- 19.6. Eröffnung des Neuenburger Markts
- 19.6. Sommerfest der CDU Süd in Wilhelmshaven
- 21.6. Besichtigung des Technologiezentrums Nord in Schortens gemeinsam mit der Kreistagsfraktion
- 23.6. Besuch bei der Polizei Wilhelmshaven mit der JU Wilhelmshaven
- 24.6. Festakt 150 Jahre Seebad Horumersiel
- 24.6. Podiumsdiskussion zum Klimaschutzkonzept in Varel
- 26.6. Besuch Zeltlager der Jugendfeuerwehren Ostfriesland

### Ein Sommermärchen: Schneewittchen und die frechen Zwerge

Nachdem der Prinz das Schneewittchen wegen eines märchenbekanntem Modells verstoßen hatte, betrieb es mit einem etwas tumben, nur begrenzt fleißigen Knecht einen Bio-Bauernhof. Der rechte Erfolg stellte sich nicht ein, doch darben musste das Schneewittchen nicht.

An einem besonders schönen Tag im September schellte es an dem Tor und die sieben Zwerge, die das Schneewittchen von früher kannte, standen vor der Tür und begehrten Arbeit. Das Schneewittchen erinnerte sich mit Begeisterung der vergangenen Zeiten, dachte an einen gut geführten Hof mit reichen Ernten, gab den Zwergen Lohn und Brot und jagte den faulen Knecht vom Hof.

Doch welche Enttäuschung: Schon an dem Nachmittag des ersten Tages begannen die Zwerge, sich zu streiten. Sie lärmten, beschimpften sich und zogen sich an ihren Mützen. Dabei ärgerten die Zwerge mit den blau-gelben Mützen diejenigen mit den weiß-blau rau-

tierten Mützen und umgekehrt. Das Chaos und die Not waren groß auf dem Hof. Die Ernte wurde nicht eingebracht, die Kühe wurden nicht gemolken, die Schweine hungerten.

Doch die Zwerge fochten all dies nicht an: Bald stritt jeder Zwerg mit jedem, sie waren sogar garstig gegenüber dem Schneewittchen, das die Streithähne vergeblich zur Mäßigung aufrief.

Der Lärm ward so laut, dass der böse Wolf aus dem Nachbarmärchen aufwachte, sich flugs zu dem Bauernhof begab, erst das Schneewittchen und dann einen Zwerg nach dem anderen verspeiste. Als die Kiefer des Wolfes ihn zermalmten, dauerte es dem letzten Zwerg, dass er dem Schneewittchen nicht geholfen hatte. Doch dazu war es nun zu spät.

Der tumben Knecht kam wieder, bemächtigte sich des verwaisten Anwesens und verwüstete es mit der Hilfe von zwei Strauchdieben.

#### Impressum

V. i. S. d. P.

Hans-Werner Kammer, MdB

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Redaktion: Peter Ittenbach

Telefon: 030 / 227-77 199

Fax: 030 / 227-76 199

[hans-werner.kammer@bundestag.de](mailto:hans-werner.kammer@bundestag.de)